Schieck will ohne Etat diktieren

Millionen den Industriellen . Riesengehälter für Direktoren, aber kein Etat für 1932 . Die SPD stimmt zu . Rüstet zum roten Volksentscheid!

In derselben Sitzung der Landtagsausschüsse, in der der Skandal der Direktorengehälter der Aktiengesellschaft Sächsische Werke zur Sprache kam, gab der Finanzminister der Schieck-Regierung, Dr. Hedrich, die aufsehenerregende Erklärung ab. Er teilte mit, daß es der Regierung unmöglich sei, dem Landtage jetzt den Etat für 1932 vorzulegen.

Der Minister erklärte, das sei erst möglich, wenn die Einnahmen feststehen, nur dann könne auch an die Ausgabenseite herangegangen werden. Zur Zeit liegen die Dinge so, daß **kein Stecken gerade stünde.** Vom Reiche sei noch kein Gesetz verabschiedet über die Grundsteuer in der neuen Fassung. Man könne also nicht sagen, wie in Zukunft die Höhe der Realsteuern aussehen werde. Der Gesamtrückgang sei so katastrophal, daß man an Ausfall von Reichs- und Landessteuern bis jetzt bereits mit 55 Millionen Mark rechnen müsse. Die Ueberweisungssteuern vom Reiche seien auf 26 Millionen Mark zurückgegangen. Ebenfalls bestünden noch keine Vorschriften über die geplante Umschuldung der Gemeinden. Da aber die Länder auf die Hilfe des Reiches angewiesen seien, sei es zur Zeit bei dieser katastrophalen Finanzlage unmöglich, einen abgeschlossenen Etat-Entwurf vorzulegen.

Doch das sei alles **nicht so schlimm**, wenn man die Dinge vom etatrechtlichen Standpunkt aus betrachte. Die Verfassung gebe der Regierung das Recht, auch ohne Etat die notwendigen Ausgaben zu veranlassen, damit das ganze Getriebe nicht ins Stocken kommt.

Zu den Feststellungen des Finanzministers hatten die Parteien fast nichts zu sagen. Der Abgeordnete Klaus von der Staatspartei machte einen „neuen" Vorschlag, nämlich den, daß sich der Landtag einmal ganz gründlich über die Staatsfinanzen unterhalten soll, und zu diesem Zweck soll **der Rechenschaftsbericht der Regierung für das verflossene Etatjahr** als Grundlage genommen werden. Weil aber nichts da ist, so soll man im alten herumwaten, aber — ein „Prinzip" ist gewahrt, der Landtag unterhält sich über „etatrechtliche Fragen".

Die Sozialdemokraten stimmten dem Vorschlag des Finanzministers zu. Ein kleines Wenn und Aber des Herrn Liebmann ändert nichts an ihrer restlosen Uebereinstimmung mit diesem Schieckkabinett. Sie waren sogar einverstanden mit einer solchen Art von Etatberatung, bei der man den alten Rechenschaftsbericht als „Grundlage" nimmt.

Der Vertreter der kommunistischen Fraktion,

Genosse Siegel, stellte den Sachverhalt klar. Neue Pläne seien bereits in der Ausarbeitung begriffen. Erinnert sei an den sogenannten Sanierungsplan des Reichswehrministers a. D. Geßler, des weiteren die Pläne des deutschen Städtetages und seines Vorsitzenden. Entscheidend müsse man aber doch in den Mittelpunkt stellen den Plan des **Vorsitzenden des Konjunkturforschungsinstituts Dr. Wagemann,** der nichts anderes bedeutet, als die

„Lösung" der ungeheuren Finanzkrise durch eine neue Inflation.

Das Problem der sogenannten „Binnenwährung" ist immer mehr und mehr in den Vordergrund gerückt und wir täuschen uns nicht, wenn wir diese Pläne mit in Zusammenhang stellen mit dem Ausweg, den die Reichsregierung aus dieser Finanzkrise sucht. Nicht umsonst ist dieser Plan des Dr. Wagemann dem Reichsfinanzministerium unterbreitet worden und wir sehen hier, das Ventil, mit dem sich eine bankrotte Gesellschaftsordnung auf Kosten der Massen einen Ausweg sucht.

Die Kommunisten fordern die sofortige Unterbreitung des Etats an den Landtag. Es kommt darauf an, die wichtigsten **Sozialkapitel** dem Landtag zur Beratung zu stellen und für die Kreise der Aermsten der Armen, der Erwerbslosen, und darüber hinaus der gesamten werktätigen Bevölkerung zu zeigen, wie die Lage sich gestaltet hat.

Der Vorschlag des Finanzministers fand selbstverständlich die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses. Die Sozialdemokraten stimmten wie immer dem Vorschlage der Regierung zu.

Die Massen aber erkennen den Charakter dieser Parteien und dieses Landtages, gegen den die Kommunisten zum roten Volksentscheid aufrufen!

Gute Einzelresultate der Werbung

Chemnitz hat das Ziel überschritten . Gründliche Vorbereitung des neuen Großwerbetages der erste Schritt zum Erfolg!

Das Instruktorgebiet Rößschenbroda meldet:

Die von uns durchgeführte Werbekampagne im Januar brachte für die Partei und revolutionären Massenorganisationen folgendes Ergebnis:

32 Parteiaufnahmen, davon 3 Frauen, 6 SPD- und 2 Betriebsarbeiter.
8 RGO-Aufnahmen **davon 2 Frauen, 4 Betriebsarbeiter.**
7 **Aufnahmen für die RH, 1 für den Kampfbund, 6 für die prol. Freidenker, 2 für die IAH.**
2 **Abonnenten für die Arbeiterstimme**
65 **Volksechoabonnenten.**

Für 103,60 Mark Literatur wurde umgesetzt.

Ortsgruppe Brockwitz meldet: 2 neue Parteimitglieder (Betriebsarbeiter), 2 Rote Hilfe-Mitglieder 47 Volksecholeser. Für 8,00 Mark Partei- und Rote-Hilfe-Literatur umgesetzt.

Zwei Genossen warben allein 27 Volksecholeser. Einer der Genossen ist ein früheres Mitglied der SPD.

Ortsgruppe Langebrück: 5 neue Parteimitglieder und 21 Abonnenten für das Illustrierte Volksecho.

Ortsgruppe Freital: 4 Parteimitglieder, 1 für die RGO, 3 Abonnenten für die Arbeiterstimme und 39 für das Volksecho. Verkauft wurden u. a. etwa 250 Arbeiterstimmen.

In Kesselsdorf einem kleinen Landort bei Freital, die Ortsgruppe hat über diesen Ort die Patenschaft, fand am gestrigen Sonntag eine öffentliche Versammlung statt. **1 Landarbeiter und 2 Betriebsarbeiter erklärten sich bereit, für die KPD zu arbeiten** und eine neue Versammlung zu organisieren um in dieser dann eine neue Ortsgruppe der Partei zu gründen.

7 Arbeiterstimmen und eine große Anzahl Broschüren wurden im Ort verkauft.

Chemnitz meldet:

Werbesoll überschritten: 5242 Abonnenten für die „Illustrierte Volksecho".

Die Werbeergebnisse von Rößschenbroda und Brockwitz beweisen aufs neue, daß bei planmäßiger und systematischer Werbearbeit gute Erfolge zur Stärkung der Partei, für die Arbeiterstimme und besonders für das Illustrierte Volksecho erreicht werden können. Die Resultate von Rößschenbroda und Brockwitz sind aber neben einigen anderen, die wir später bereits veröffentlichten noch Einzelerscheinungen. Nur wenige Parteiorganisationen unseres Verbreitungsbezirks haben eine wirklich ernsthafte und zähe systematische Werbearbeit durchgeführt, wie das besonders in dem Werbeergebnis des Unterbezirks Chemnitz zum Ausdruck kommt.

Nur auf der Basis einer gründlichen Vorbereitung und systematischen Durchführung der Werbearbeit konnte Chemnitz mit einem Schlag sein Werbeziel für das Illustrierte Volksecho nicht nur erreichen, sondern auch überschreiten.

Das glänzende Werbeergebnis von Chemnitz muß für alle Parteiorganisationen des UB Dresden, Freiberg, Bautzen und Zittau ein Ansporn sein sofort alle Vorbereitungen zu treffen um in den nächsten Tagen aufzuholen und besonders den kommenden Sonntag zu einem neuen Großwerbetag zu machen, damit auch unser Verbreitungsgebiet mit an erster Stelle steht.

Kampfbund stößt aufs Land vor!

Im Rahmen des Wettbewerbs mit Stadtteil 1 Dresden traten am Sonnabend, 30. Januar 89 Kameraden des Kampfbundes Ortsgruppe Radeberg an und marschierten über Langebrück nach Schönborn wo eine Versammlung stattfand. Na treffenden Worten der Genossen Wächtler und Leiche für rote Einheit und Kampf gegen Faschismus, erklärten fünf Schönborner Arbeiter ihren Eintritt in die KPD.

Jugend im roten Vormarsch

Die Jugendzelle Stetzsch teilt uns folgendes Ergebnis des Großwerbetages mit: AJZ 25 verkauft, Junge Garde 15 verkauft, Broschüren 17 verkauft, Aufbruch 1 verkauft, Arbeiterstimme 1 verkauft, 2 Volksechoabonnenten, 1 Mitglied für KJB geworben und 40 Pfennig gesammelt.

Die Jugendzelle Briesnitz meldet: 3 AJZ, 4 Junge Garde und 4 Broschüren verkauft.

Die Jugendzelle 1 und 2 Neustadt berichtet: 35 Broschüren 30 Junge Garde 6 AJZ verkauft.

Die Zelle Innere Neustadt verkaufte 20 Junge Garde.

Frecher Vorstoß der Meurer A-G

21 Prozent außertariflicher Lohnabbau gefordert . Arbeiter, bereitet den Streik gegen diesen ungeheuren Anschlag vor

Nachdem die Gewerkschaftsbürokratie viermal den Lohnabbau bei den Metallarbeitern sanktionierte und auf keinen ernsthaften Widerstand der Arbeiter stieß, wird das Unternehmertum immer frecher.

Die **Meurer-AG,** die in den letzten drei Jahren **500 Arbeiter auf das Straßenpflaster warf,** hatte immer noch Geld genug, um Ingenieure und in letzter Zeit einen Spardiktator einzustellen. Offen und brutal kommt in diesem Betrieb zum Ausdruck, daß für neue Antreiber Mittel in genügendem Maße vorhanden sind, aber der Arbeiterschaft will man die erbärmlichen Hungerlöhne **noch weiter kürzen.** Welch plumper Methoden sich die Meurer-AG bedient, um einen erneuten Lohnraub an den Arbeitern durchzuführen, zeigt folgendes Beispiel.

Die Betriebsleitung trat an den Arbeiterrat heran und erklärte, daß sie einen größeren Auftrag erhalten könne, wenn die Belegschaft bereit sei, **21 Prozent billiger zu arbeiten.** Es wäre nicht für immer, sondern nur für einen bestimmten Auftrag. Dabei wurden allerhand Zahlen vom Monat November aufgetischt, um dem Arbeiterrat nachzuweisen, daß in den einzelnen Abteilungen noch erheblich über den Tarif verdient würde. Demgegenüber steht fest, daß **im Dezember rund 5,5 Prozent und im Januar nochmals über 2 Prozent von den Hungerlöhnen gekürzt wurden.** Dabei arbeitet die Belegschaft im Durchschnitt **[illegible] Tag in der Woche** und die Proleten kommen nicht einmal [illegible] den Unterstützungssatz der Arbeitslosenunterstützung. Der Betriebsrat, Arbeitnehmervertreter mußte sich vom Arbeiterrat sagen lassen, daß die Arbeiter nicht nur arbeiten, um zu arbeiten, sondern um zu leben können. Der Arbeiterrat beschloß einstimmig, das Ansinnen der Meurer-AG abzulehnen.

Noch ist die Gefahr eines Lohnabbaues nicht vorüber. Die Kollegen sehen also die neuen verschärften Angriffe auf ihre heute schon erbärmliche Lebenshaltung.

Mit allen Mitteln muß dieser freche Unternehmerangriff zurückgeschlagen werden. Da kann und darf es kein Verhandeln mit dem Unternehmer geben. Hier heißt es, die Einheitsfront **im Betrieb schaffen und den Streik gegen den geplanten Lohnraub organisieren!** Nur der geschlossenen Kampffront der Arbeiter, die sich ihrer Stärke bewußt sind, wird es gelingen, die Anschläge der Betriebsleitung zunichte zu machen. **Kein Vertrauen mehr der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die überall jeden Lohnraub an der Arbeiterschaft durchführte und die organisierte Streikbruchaktionen der um ihre Existenz kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fiel.** Im Kampf gegen das Unternehmertum und seine national- und sozialfaschistischen Lakaien führt nur siegreich die KPD und die RGO.

Meurer-Proleten, erscheint vollzählig in der vom Betriebsrat beschlossenen Betriebsversammlung! Nehmt Stellung zu dem geplanten ungeheuerlichen Lohnraub und bereitet den Streik gegen diesen Unternehmeranschlag vor! Wählt einen vorbereitenden Kampfausschuß, stärkt die Reihen der RGO, die zum Siege führt!

Riesaer Nazimord vor Gericht:

Die Mordanklage fallen gelassen!

Belastungszeugen bleiben unvereidigt . Heute Urteilsverkündung

Wir berichteten bereits am Sonnabend über den Prozeß gegen die Nazis, die des Mordes eines Reichsbanner-Arbeiters in Riesa angeklagt sind. Bezeichnend ist, daß die Anklage der Staatsanwaltschaft nicht auf **Mord,** sondern **nur auf Körperverletzung** mit Todesfolge, Raufhandel und groben Unfug lautete. Die Formulierung der Anklage durch die Staatsanwaltschaft zeigt, daß es zu keiner Aufklärung der wirklichen Vorgänge, die bei der Ermordung des RB-Arbeiters eine Rolle spielten, kommen wird. Das zeigt noch drastischer der Verhandlungsgang. Gelangweilt und teilweise lachend verfolgen die Angeklagten die Verhandlung. Das Gericht, wie der Staatsanwalt, zeigen sich gegenüber dieser offenen Brüskierung **außerordentlich zurückhaltend.** Sie lassen es bei milden Verwarnungen bewenden.

Die Zeugenvernehmung ergibt, daß unter anderem auch die Frau des Angeklagten **Fiedler** aktiv an dem Vorgehen gegen die Reichsbanner-Arbeiter **teilgenommen hat.** Trotzdem befindet sie sich aber auf freiem Fuß. Im übrigen verfolgen alle Nazis die bei diesen braunen Mordbanditen übliche Taktik. Während sie sich in der Voruntersuchung gegenseitig auf das schwerste belasteten, leugnen sie sich in der Verhandlung — scheinbar auf einem Wink von oben — **auf die Taktik des Leugnens.** Diese viehisch brutalen Gesellen, **die damals in vielfacher Uebermacht buchstäblich einzelne Arbeiter niedermachten,** sind zu feige, zu ihren Taten zu stehen. Ganz klar geht aus der ganzen Verhandlung hervor, daß in jener Mordnacht die Nazis **nach einem bestimmten Plan,** aufgestachelt durch die Reden ihrer Führer, in der vorangegangenen Versammlung gegen Arbeiter in Riesa vorgingen.

Das zeigen auch die Zeugenaussagen. Aus dem Bericht des Polizeikommissars Liebezeit, von dem man den Eindruck hat, daß er sehr zurückhaltend gegeben wird, erfährt man, daß die Nazis die Waffen, die sie zu ihrer schauerlichen Tat an dem Reichsbanner-Arbeiter benutzt hatten, an eine Frau Fiedler weitergegeben hatten.

„Jetzt haben wir die Lumpen, die Mörderbande!"

So hatten die Mordbanditen in dem Moment ausgerufen als sie der Reichsbanner-Arbeiter Meier und Wolf ansichtig wurden. Meier, der damals mit Wolf gemeinsam überfallen wurde, konnte in eine Restauration entkommen, in der er Schutz fand und nach Hilfe telefonieren konnte.

Zeugen, die die Mordbanditen belasten, bleiben unvereidigt.

Das Tollste ist, daß die beiden Zeugen Wache und Elnschig, die zuerst überfallenen Reichsbannerarbeiter, vom Gericht unvereidigt bleiben. Das Gericht ließ zu, daß diese beiden Zeugen fortgesetzt von den Angeklagten unterbrochen werden. Es ist hier ganz offenbar, daß das Gericht den Angeklagten mehr Glauben schenkt, als den Zeugen. So nimmt das Gericht, das in Prozessen gegen Kommunisten mitsamt dem Staatsanwalt immer anders kann, schon den Ausgang dieses Prozesses vorweg. Der Nebenkläger, **der Vater des Ermordeten beantwortet diese Stellungnahme des Gerichts** mit einer scharfen Erklärung, die er durch seinen Rechtsanwalt, indem dieser zu gleicher Zeit sein Amt niederlegte, abgeben ließ. Nach Abgabe der Erklärung verließ sowohl der Nebenkläger wie sein Rechtsanwalt, zum Zeichen des Protestes gegen die einseitige Stellungnahme des Gerichts, den Sitzungssaal. Viele Zuhörer verließen gleichfalls die Verhandlung.

Eine besondere Glanzleistung sind die Strafanträge des Staatsanwaltes Hartmann. Derselbe Staatsanwalt, der bei Prozessen gegen Kommunisten immer nur die schärfsten Bestimmungen aus den Strafgesetzbüchern herauszufinden weiß, läßt teilweise sogar die von ihm erhobenen Anklagen fallen. Er begnügt sich damit, die Anklage nur auf das Delikt Raufhandel und gefährliche Körperverletzung in Tateinheit mit grobem Unfug zu erheben. Die Strafe stellt er ins Ermessen des Gerichts. Zur Begründung behauptet er, daß zwar Tatverdacht vorhanden sei, daß aber der Schuldbeweis nicht einwandfrei habe geführt werden können.

Nach dem Staatsanwalt erhalten die Angeklagten zur Verteidigung das Wort. Heute soll das Urteil gefällt werden. Gleichviel wie dieser Prozeß, dessen Ausgang kaum zweifelhaft sein dürfte, ausläuft. Die Klassenjustiz ist in den Augen der Werktätigen gerichtet. Klar und deutlich zeigt dieser Prozeß den Charakter der Justiz im kapitalistischen Staate. Die Reichsbanner-, SPD- und parteilosen Arbeiter müssen erkennen, daß sie von dieser Justiz niemals etwas zu erwarten haben. Sie müssen sich gemeinsam mit den kommunistischen Klassengenossen in der roten Einheitsfront zusammenfinden zum Kampf gegen den Faschismus. Nur der proletarische Klassenkampf, gestützt auf die Massenorganisationen des revolutionären Proletariats wird den Faschismus überwinden und dem Terror der braunen Mordorganisation ein Ende bereiten.

Frauen in vorderster Front!

Gestern abend fand im Deutschen Haus in Radeberg eine überfüllte Frauenversammlung statt, einberufen von der RGO. Ueber 250 Frauen und über 50 Männer waren anwesend. [illegible] gelobten schärfsten Kampf gegen den imperialistischen Krieg, [illegible] gelobten **Kampf gegen den Feind im eigenen Land,** gegen die **kapitalistische Gesellschaftsordnung aufzunehmen** und in der **roten Einheitsfront mitzukämpfen gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen Unterstützungs- und Rentenabbau,** für ein **sozialistisches Deutschland.**

Eine Protestresolution gegen die japanischen Kriegsverbrechen und die Kriegsrüstungen der anderen imperialistischen Mächte, für die Verteidigung der Sowjetunion und Sowjetrußlands wurde mit großer Begeisterung einstimmig angenommen.

Vier Frauen wurden als Delegierte zu den Konferenzen werktätiger Frauen am 7. und 11. Februar gewählt und [illegible] wurden 5,50 Mark gesammelt. Zwei Frauen traten der RGO und eine Frau der RGO bei.

KPD fordert Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Auftrage des Zentralkomitees der KPD die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses mit folgender Tagesordnung beantragt:

„Die japanischen Kriegsmaßnahmen gegen China sowie die Haltung der deutschen Reichsregierung und des Völkerbundes."

Dieser parlamentarische Vorstoß dient der außerparlamentarischen Mobilmachung der Massen. Angesichts des Planes der Hakenkreuzfaschisten mit Japan, angesichts der Unterstützung der Kriegsverbrecher durch die französischen und japanischen „Sozialisten" und des verlogenen Pazifismusgeredes des Herrn Breitscheid gilt es, die deutschen Komplizen der Kriegsverbrecher vor der Arbeiterschaft zu entlarven.